



Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft

Maria Theresienstraße 9/8b, 1090 Wien

t: 3173127, f: 3102238; swsrs@aon.at; www.sws-rundschau.at

PRESSEKONFERENZ VOM 22.12.2008

PRESSEUNTERLAGEN

Aktuelle Meinungsbilder in Österreich

*** *Einige Bemerkungen zur aktuellen Finanzkrise***

Referent: Dr. Heinz Kienzl (Obmann der SWS)

*** *Die Wirtschaftskrise: Wer kann helfen?***

Wie reagieren die Österreicher?

*** *Die Rolle der EU in Krisenzeiten***

*** *Die ÖsterreicherInnen zwischen Verunsicherung
und Zuversicht***

Referent: Mag. Marc Bittner (Geschäftsführer der SWS)

*** *Die Gewerkschaft im Aufwind: Das Image des ÖGB im
Zeitverlauf***

Referent: Mag. Dietmar Hoscher (Schriftführer der SWS)

Zeit: Montag, 22. Dezember 2008, 10.00 Uhr

Ort: *Café Griensteidl* (Karl Kraus-Saal), 1010 Wien, Michaelerplatz 2

Diese Presseunterlagen stehen ab dem 22.12.2008 unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/downloads.php>
im pdf.-Format zum Download zur Verfügung

Ankündigungen aktueller SWS-Presskonferenzen finden Sie auch unter
<http://www.sws-rundschau.at/html/presskonferenz.php>

Hintergrund:

Die Sozialwissenschaftliche Studiengesellschaft (SWS) führte – mit finanzieller Unterstützung der Österreichischen Gesellschaft für Europapolitik (ÖGfE) - im November 2008 eine für Österreich repräsentative Telefonbefragung zum Thema „Einstellungen zur EU vor dem Hintergrund der weltweiten Finanzkrise“ unter knapp 1.000 Befragten durch (SWS-Telefonumfrage 182). Die folgenden Ausführungen und Analysen beruhen vor allem auf diesem Datenmaterial.

Ergänzt wird das präsentierte Material durch Daten, die im Rahmen der 2. Welle des „Demokratie- und Toleranzmonitorings“¹ der SWS im Dezember 2008 erhoben wurden sowie durch Vergleichsdaten früherer SWS-Umfragen.

Dr. Heinz Kienzl

Einige Bemerkungen zur aktuellen Finanzkrise

Bundeskanzler und Außenminister haben in Brüssel Österreich verpflichtet, den Anteil der erneuerbaren Energie von 23% auf 34% anzuheben. Dieses Ziel könnten wir weitgehend mit dem Ausbau der Wasserkraft erreichen, allerdings muss dann die politische Führung die „Stolperhindernisse“ die von den Grünen oder von anderen errichtet wurden, wegräumen, sonst kommen wir mit den für die gegenwärtige Konjunkturflaute so wichtigen Investitionen erst beim nächsten Konjunkturabschwung zurecht. Wenn wir schon nicht Umwelt-Weltmeister sind, beim Verhindern von zukunftssträchtigen und unbedingt erforderlichen Investitionen sind wir es. Aktuell wären das der Bau eines Donaukraftwerkes Wolfsthal, der Bau der 380 KV-Leitung nach Graz und die Speicherkraftwerke im Westen. Frühere Regierungen haben in Brüssel an verschiedenen Beschlüssen teilgenommen (z.B. CO₂ Ausstoß) und in Wien wollten sie nichts mehr davon wissen - hoffen wir, dass es jetzt anders sein wird.

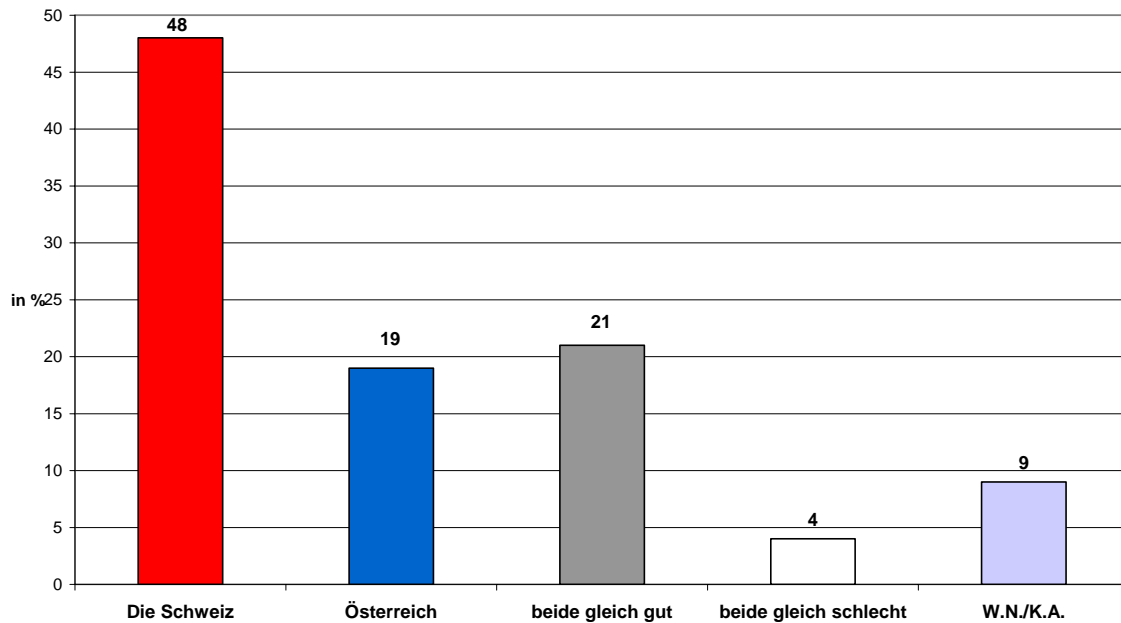
Was die Finanzkrise anbelangt, gehören unsere Banken eher zu den lässlichen Sündern. Die größte Schweizer Bank hat fast zehnmal so viel Verluste in der internationalen Finanzkrise gemacht wie alle österreichischen Banken zusammen.

In der österreichischen Bevölkerung überwiegt aber immer noch das traditionell positive wirtschaftliche Image der Schweiz, wodurch fast die Hälfte der Befragten meint, dass die Schweiz mit der Finanzkrise besser fertig wird als Österreich (Grafik 1).

¹ Eine ausführlichere Präsentation der Ergebnisse des „Demokratie- und Toleranzmonitorings“ (gefördert vom Zukunftsfonds der Republik Österreich) erfolgt im Frühjahr 2009.

Grafik 1:

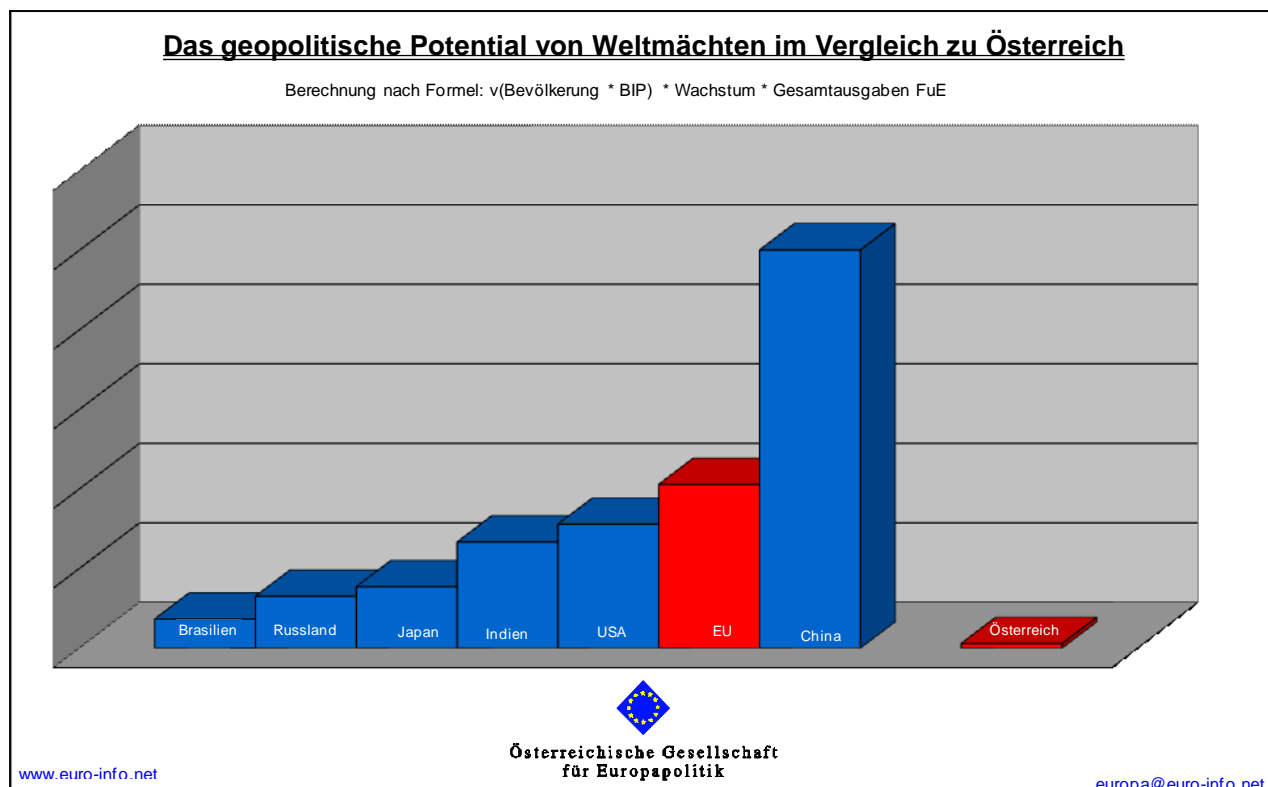
Welches Land wird mit den Auswirkungen der Finanzkrise eher fertig?



Quelle: SWS-Telefonumfrage Nr. 182, November 2008, N=1.016

Die untenstehende Grafik 2 macht das geopolitische Potential von Weltmächten im Vergleich zu Österreich deutlich: China liegt hier mit enormen Vorsprung an der Spitze, die EU folgt noch vor den USA und Indien.

Grafik 2:



Die Chancen die Krise der Realwirtschaft gerade mit einem blauen Auge durchzustehen, sind für Österreich, aber auch für die Europäische Union gar nicht so schlecht, wenn die Projekte nicht nur auf dem Papier stehen bleiben, sondern auch verwirklicht werden.

Die Lohnbewegungen, die Steuersenkung und die Halbierung der Inflationsrate erhöhen die Kaufkraft der Haushalte in Österreich um etwa 3%, in der Europäischen Union um etwa 2%. Die Weltmarktverflechtung der Europäischen Union liegt bei 10%, da der meiste Außenhandel der Mitgliedstaaten der EU sich innerhalb der EU abspielt. Die Europäische Union muss daher bei ihren konjunkturpolitischen Maßnahmen mit keiner gefährlichen Leistungsbilanzverschlechterung rechnen.

Das Weihnachtsgeschäft zeigt, dass das „Angstsparen“ nicht das befürchtete Ausmaß erreicht. Die Österreicherinnen und Österreicher nehmen zu Recht an, dass viel von der Panikmacherei der Medien dem Grundsatz „bad news is good news“ entspricht.

Mag. Marc Bittner

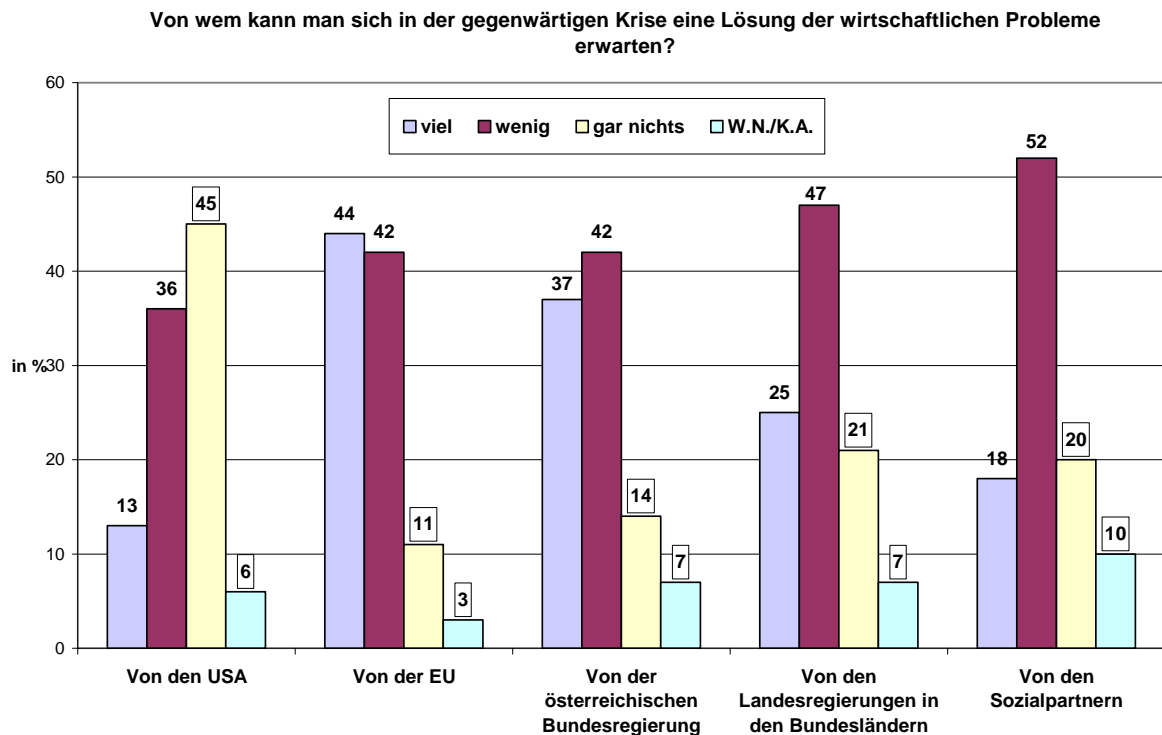
Die Wirtschaftskrise: Wer kann helfen?

Am meisten Unterstützung bei der Lösung der aktuellen wirtschaftlichen Probleme erwarten sich die ÖsterreicherInnen durch die EU (44%) sowie von der österreichischen Bundesregierung (37%).

Somit bauen die Befragten offensichtlich auf einen Mix von klugen nationalpolitischen Entscheidungen, Maßnahmen und Lösungsstrategien, die auf die spezifisch österreichische Situation abgestimmt ist sowie auf die starke wirtschaftspolitische Gemeinschaftskraft der EU, der in Krisenzeiten offensichtlich doch etwas zugetraut wird (Grafik 3).

Ganz anders die Beurteilung der Rolle der USA, der als (Quasi-) Auslöser der Krise extrem wenig Lösungskompetenz zugesprochen wird und dementsprechend wenig Vertrauen entgegengebracht wird (nämlich nur von 13%). Selbst von den Landesregierungen (25%) und den Sozialpartnern (18%) erwarten sich die ÖsterreicherInnen mehr als von den USA.

Grafik 3:



Quelle: SWS-Telefonumfrage Nr. 182, November 2008, N=1.016

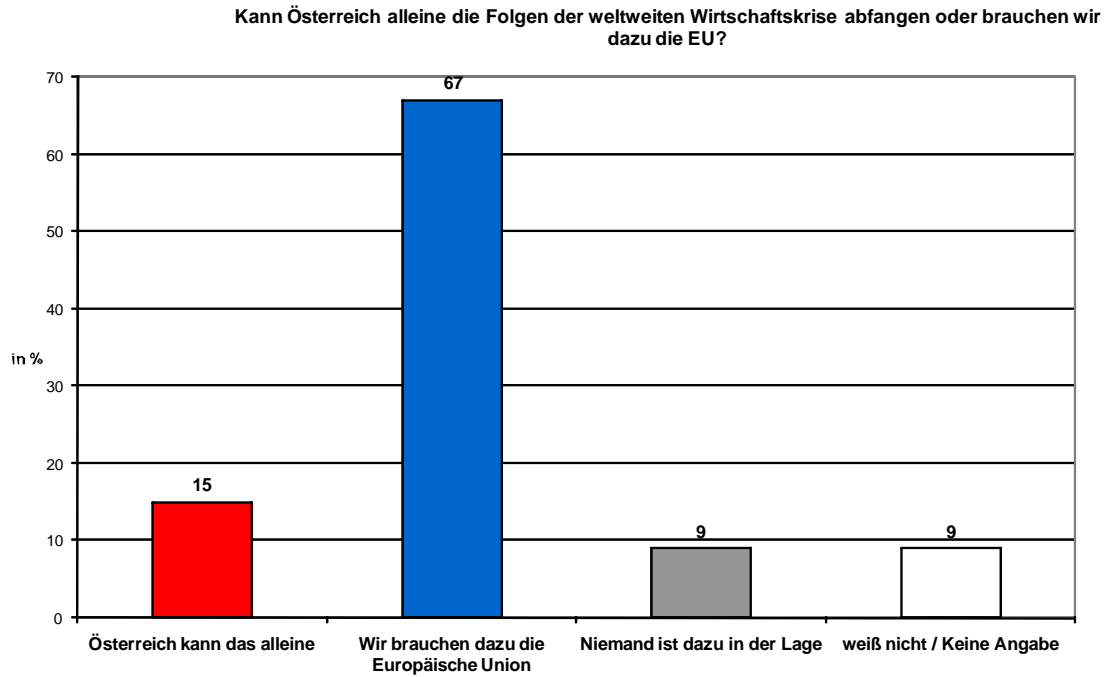
Die Rolle der EU in Krisenzeiten

Konkret auf die EU bezogen lieferte eine weitere Frage das Ergebnis, dass rund zwei Drittel der Österreicherinnen und Österreicher (67%) der Ansicht sind, dass nur mit Hilfe der Europäischen Union die Folgen der weltweiten Finanz- und Bankenkrise bewältigt werden können. Dass Österreich dazu alleine in der Lage wäre, nehmen nur 15% der Befragten an. 9% der Befragten hegen wenig Hoffnung, dass die gegenwärtige Krise überhaupt abgefangen werden kann (Grafik 4).

AnhängerInnen der ÖVP und der Grünen bauen zu höheren Anteilen (78% bzw. 77%) auf die Unterstützung durch die EU als dies SPÖ-SympathisantInnen tun, die mit 64% nahe dem Durchschnitt liegen.

In dieser Frage zeigt sich sonst fast durch alle Befragungsgruppen ein recht einheitliches Bild. Es ist doch zu bemerken, dass mit höherem schulischen Ausbildungsgrad die Rolle der EU zur Bewältigung der Folgen der Finanzkrise deutlich positiver betrachtet wird. So meinen 81% der HochschulabsolventInnen, dass die Hilfe der Europäischen Union in dieser Frage vonnöten sei, dieser Meinung schließen sich jedoch nur 52% der Befragten mit Pflichtschulabschluss an. Überdurchschnittlich wurde in letzterer Gruppe mit „weiß nicht“ geantwortet (16%).

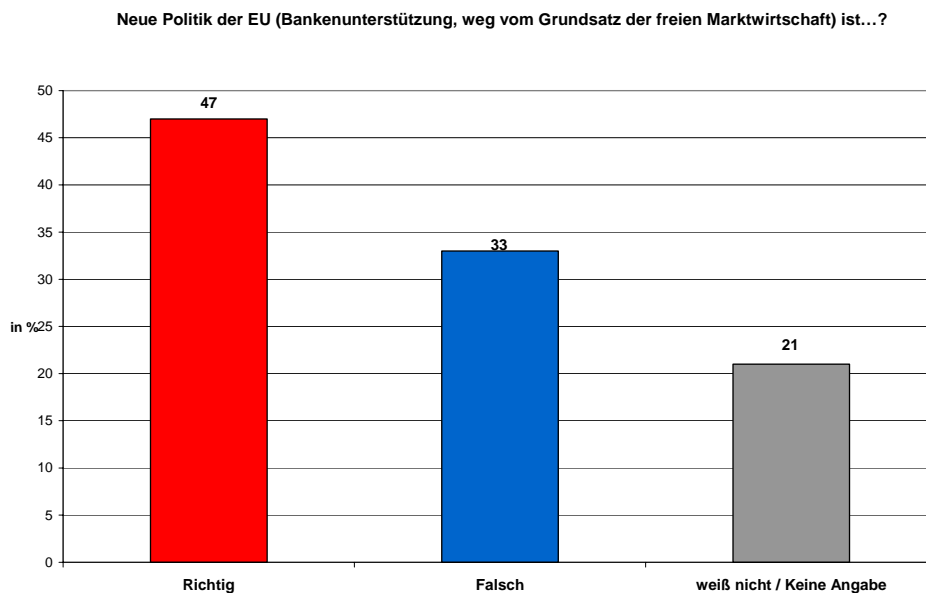
Grafik 4:



Quelle: SWS-Telefonumfrage Nr. 182, November 2008, N=1.016

Knapp die Hälfte der befragten Österreicherinnen und Österreicher (47%) hält es angesichts der aktuellen Finanzkrise für richtig, dass einige Mitgliedstaaten durch die Unterstützung der Banken vom Grundsatz, alles der freien Marktwirtschaft zu überlassen, abgegangen sind (mit höherer Bildung steigt auch die Akzeptanz dieser Maßnahme). 33% halten diesen Weg für falsch (Grafik 5). In dieser Frage kommen die parteipolitischen Gegensätze besonders stark zum Tragen, da Grün-SympathisantInnen zu beachtlichen 66% diese neue Politik begrüßen, während dies nur 31% der FPÖ-AnhängerInnen und 41% der BZö-SympathisantInnen tun.

Grafik 5:



Quelle: SWS-Telefonumfrage Nr. 182, November 2008, N=1.016

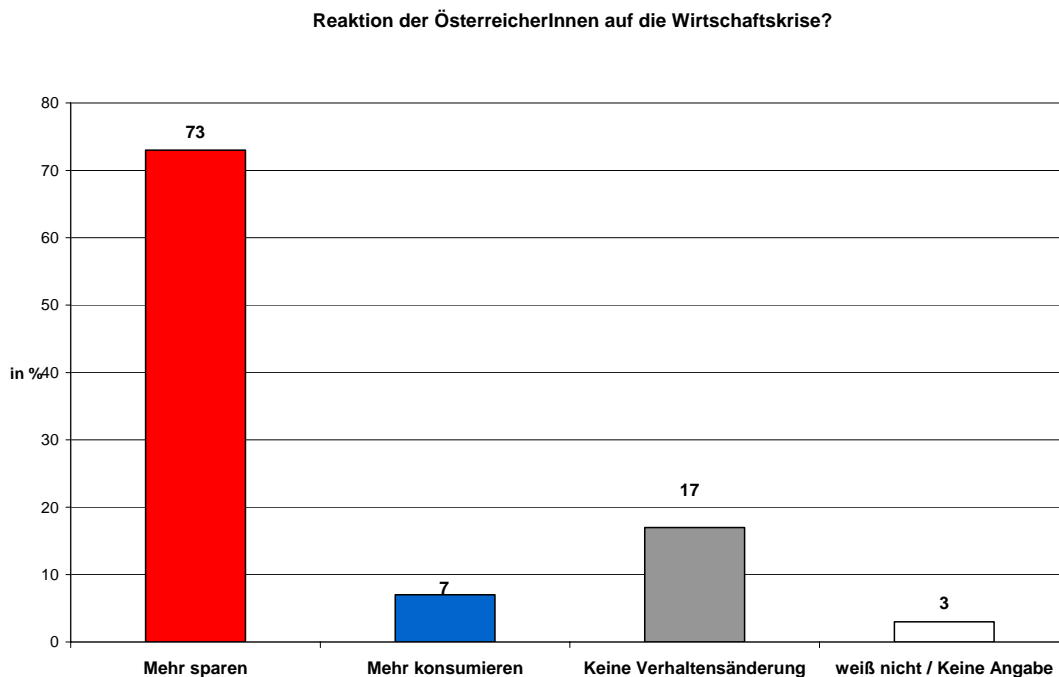
Die Wirtschaftskrise: Wie reagieren die Österreicher?

Die Krise der Finanz- und Bankenwirtschaft wird nach Ansicht eines überwiegenden Teils der Österreicherinnen und Österreicher dazu führen, dass sich die privaten Haushalte in größerem Maße auf das Sparen verlegen. Fast drei Viertel der Befragten (73%) waren dieser Ansicht. Dass mehr Konsum die Antwort der privaten Haushalte wäre, nahmen demgegenüber nur 7% an. Ein knappes Fünftel der Befragten (17%) meint, dass die gegenwärtige Krise keine Auswirkungen auf das Spar- bzw. Konsumverhalten der privaten Haushalte mit sich bringen wird (Grafik 6).

Abzuwarten bleibt, ob es in Österreich wirtschaftspolitisch gelingen wird, ein mittelfristiges „Angstsparen“ (das durch das Weihnachtsgeschäft noch nicht voll durchschlägt) durch geeignete Maßnahmen hintanzuhalten, um weitere negative und sich verstärkende Effekte zu verhindern.

In der BRD diskutierte Maßnahmen wie die „Konsumschecks“ werden in der deutschen Bevölkerung jedenfalls eher skeptisch beurteilt - auch ein Anzeichen, dass eine sehr vorsichtige Stimmung um sich greift.

Grafik 6:



Quelle: SWS-Telefonumfrage Nr. 182, November 2008, N=1.016

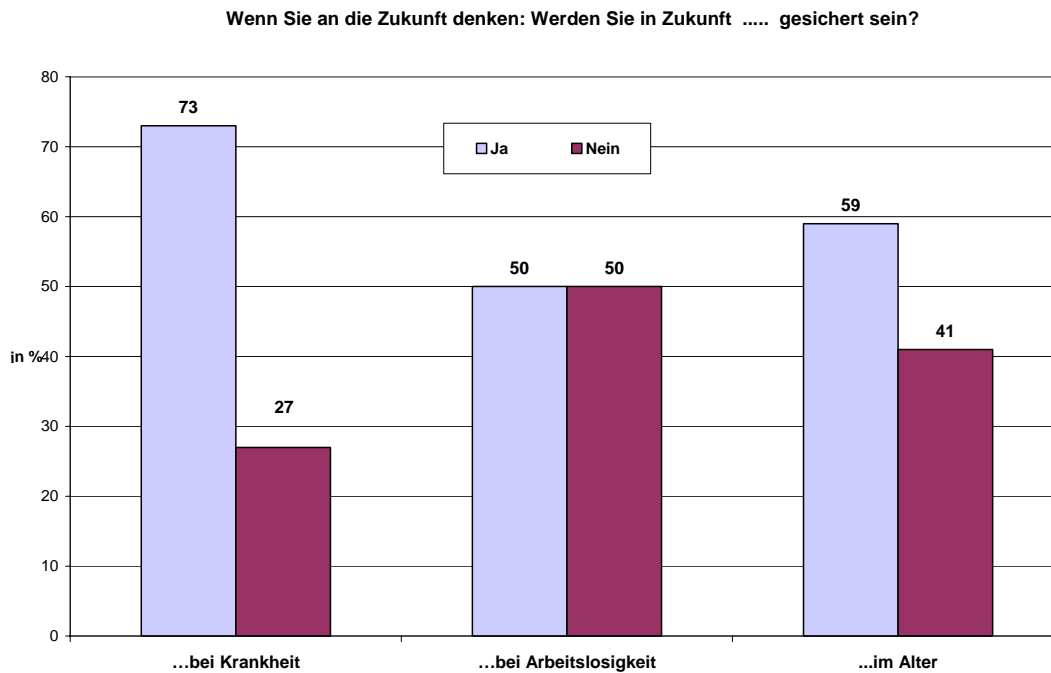
Die ÖsterreicherInnen zwischen Verunsicherung und Zuversicht

Angesichts der aufgrund der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise in der Gesellschaft spürbaren Verunsicherung wurde im Rahmen der Umfrage daran gegangen die ÖsterreicherInnen zu fragen, was sie hinsichtlich verschiedener Bereiche von der Zukunft erwarten. Dabei zeigte sich, dass dem Gesundheitssystem in Österreich (trotz der großen Finanzierungsprobleme) doch noch zu sehr großen Anteilen vertraut wird: Knapp drei Viertel der Befragten meinen, dass sie in Zukunft bei Krankheit gesichert sein werden. Inwieweit die wohlfahrtsstaatlichen Angebote alleine – ohne private Zusatzversicherungen – längerfristig ausreichen werden, um eine optimale Gesundheitsgrundversorgung sicher zu stellen, bleibt abzuwarten und wird sehr kontroversiell diskutiert (Grafik 7).

Nur mehr knapp 60% der ÖsterreicherInnen sind der Ansicht, dass sie im Alter (Stichwort: Pension) gesichert sein werden – in der Gruppe der jungen Befragten (bis 35 Jahre) gibt dies nicht einmal mehr jede/r Zweite an. Die aktuelle Finanzkrise hat außerdem deutlich vor Augen geführt, mit welchen Unsicherheiten private Pensionsvorsorgen behaftet sein können, was die Frage der Absicherung im Alter nochmals verschärft. Gesellschaftspolitisch ist jedenfalls zu bedenken, dass die Lebensplanung von heute relativ jungen Personen in vielen Fällen nicht von einem finanziell abgesicherten Lebensabend ausgehen kann.

Genau die Hälfte der ÖsterreicherInnen (ausgenommen PensionistInnen) gibt an in Zukunft im Falle einer Arbeitslosigkeit gesichert zu sein. Dieser Befund weist darauf hin, dass obwohl die Arbeitslosenversicherung in Österreich im europäischen Vergleich sehr gut aufgestellt ist, dennoch bei der Hälfte der ÖsterreicherInnen die Furcht vorherrscht, mit der derzeit noch gesicherten Arbeitslosenunterstützung nicht das Auslangen zu finden bzw. den Lebensstandard halten zu können. Langzeitarbeitslosigkeit ist hier sicherlich ein Schreckgespenst, des weiteren muss bedacht werden, dass Personen, die sich im „Prekariat“ durchs Erwerbsleben schlagen, bei Wegfall eines vom mehreren „McJobs“ schnell ins Trudeln geraten können.

Grafik 7:



Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragung 381, November/Dezember, N=922

Mag. Dietmar Hoscher

Die Gewerkschaft im Aufwind: Das Image des ÖGB im Zeitverlauf

Wie die folgenden Grafiken 8-13 verdeutlichen, verbessert sich das Image des ÖGB nach dem Tief, in das der ÖGB im Zuge der Entwicklungen rund um die BAWAG-Krise hineingeraten war, zusehends.

Die ÖsterreicherInnen wurden gefragt, welche von vorgegebenen Eigenschaften (in Form von Eigenschaftspaaren) jeweils eher auf den Österreichischen Gewerkschaftsbund zutrifft. Durch die über die letzten Jahre regelmäßig gestellte Frage kann die Entwicklung des Images gut abgebildet werden:

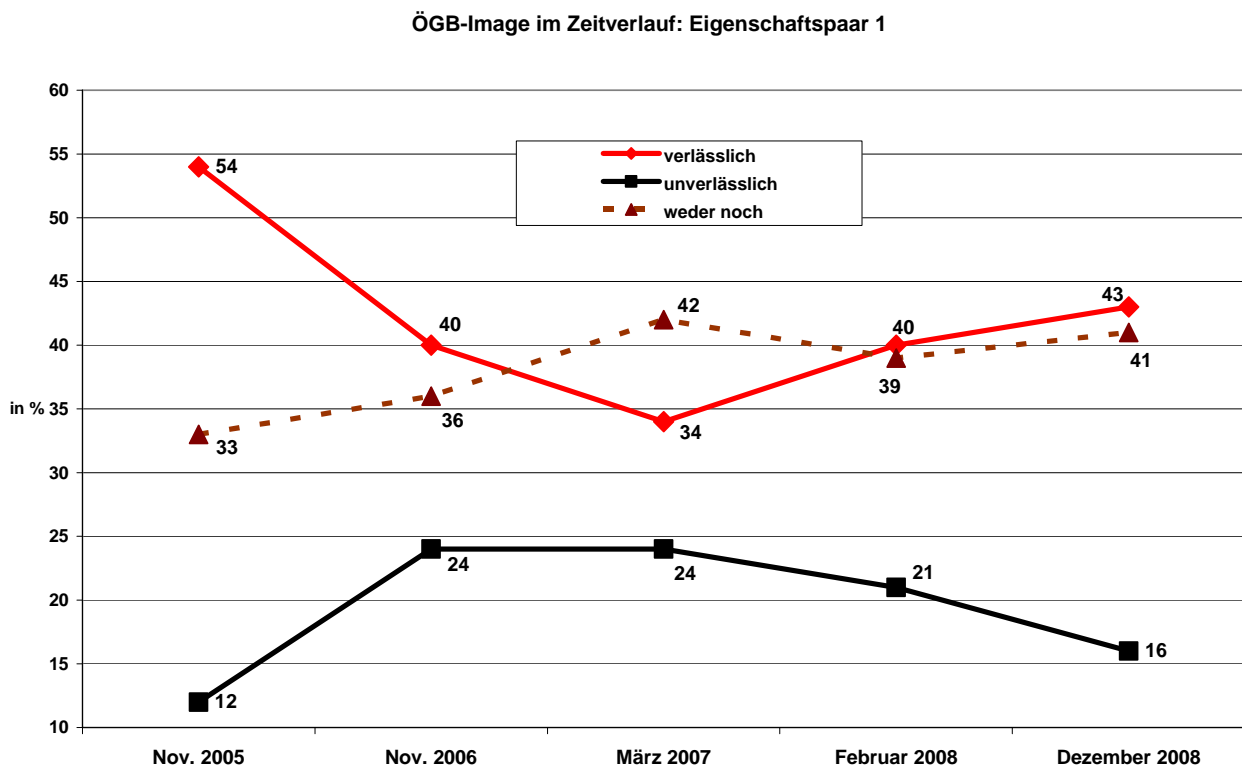
Bei allen abgefragten Eigenschaften ist ein Trend zur Verbesserung zu erkennen – am deutlichsten hinsichtlich der (sehr stark dem Bereich der „Aktivität“ zuzuordnenden) Eigenschaften „einflussreich“, „kraftvoll“ und „kämpferisch“. Bei der Eigenschaft „kämpferisch“ ist im Dezember 2008 sogar bereits ein höherer Wert als vor Einsetzen der BAWAG-Krise zu erkennen, bei den beiden anderen Eigenschaften ist das Niveau von 2005 noch nicht ganz, aber zumindest annähernd erreicht.

Die Eigenschaft „verlässlich“ wird dem ÖGB auch wieder in stärkerem Maße zugeschrieben als noch Mitte des Vorjahres – zum Wert des Jahres 2005 bleibt aber immer noch ein Abstand.

Die einzige Eigenschaft, die auch die krisenhaften Entwicklungen der letzten beiden Jahre beinahe unbeschadet überstanden hat, ist die Eigenschaft „hilfreich“: Knapp die Hälfte der Befragten war und ist nachhaltig vom persönlichen Nutzen der Arbeit des ÖGB überzeugt.

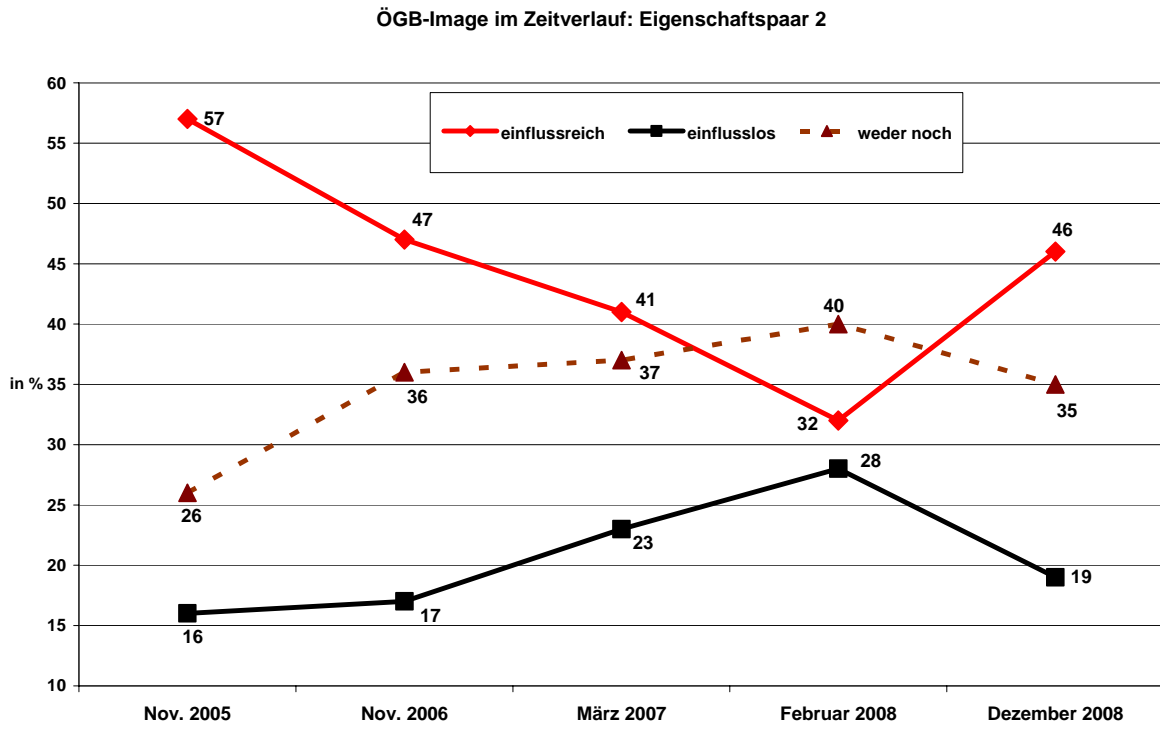
Das Thema der „Sparsamkeit“ bzw. der „Verschwendung“ war natürlich eines, das im Zuge der BAWAG-Krise auch den ÖGB betroffen hat: Wenngleich dem ÖGB auch vor 2006 schon das Image anhaftete, eher „verschwenderisch“ denn „sparsam“ zu sein, so hat sich dies 2006/07 nochmals dramatisch verschärft. Im Frühjahr 2008 war das Image des ÖGB in dieser Hinsicht aber sogar besser als noch 2005; bei der letzten Erhebung ist wiederum ein leichter Negativtrend zu bemerken – vor allem der Anteil jener Befragten, die sich nicht für eine Ausprägung des Eigenschaftspaares entscheiden konnte, ist gestiegen.

Grafik 8:



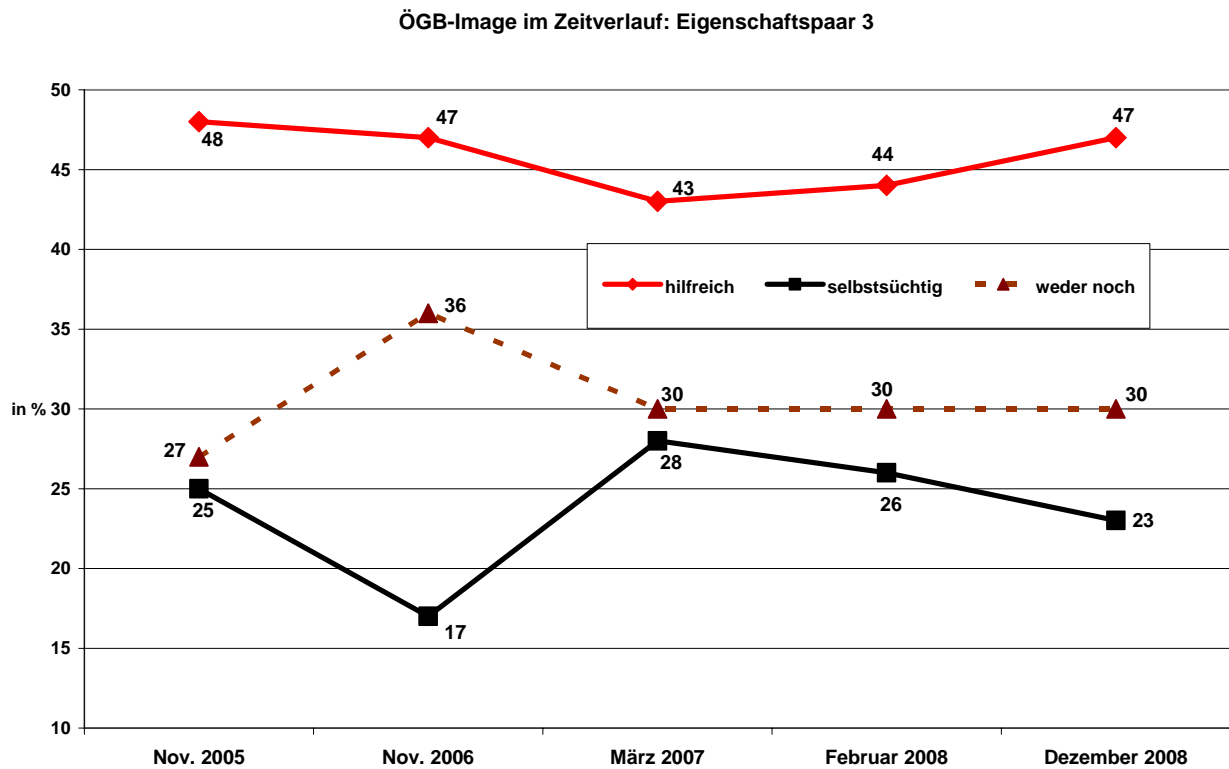
Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragungen 2005-2008, N=jeweils ca. 1.000

Grafik 9:



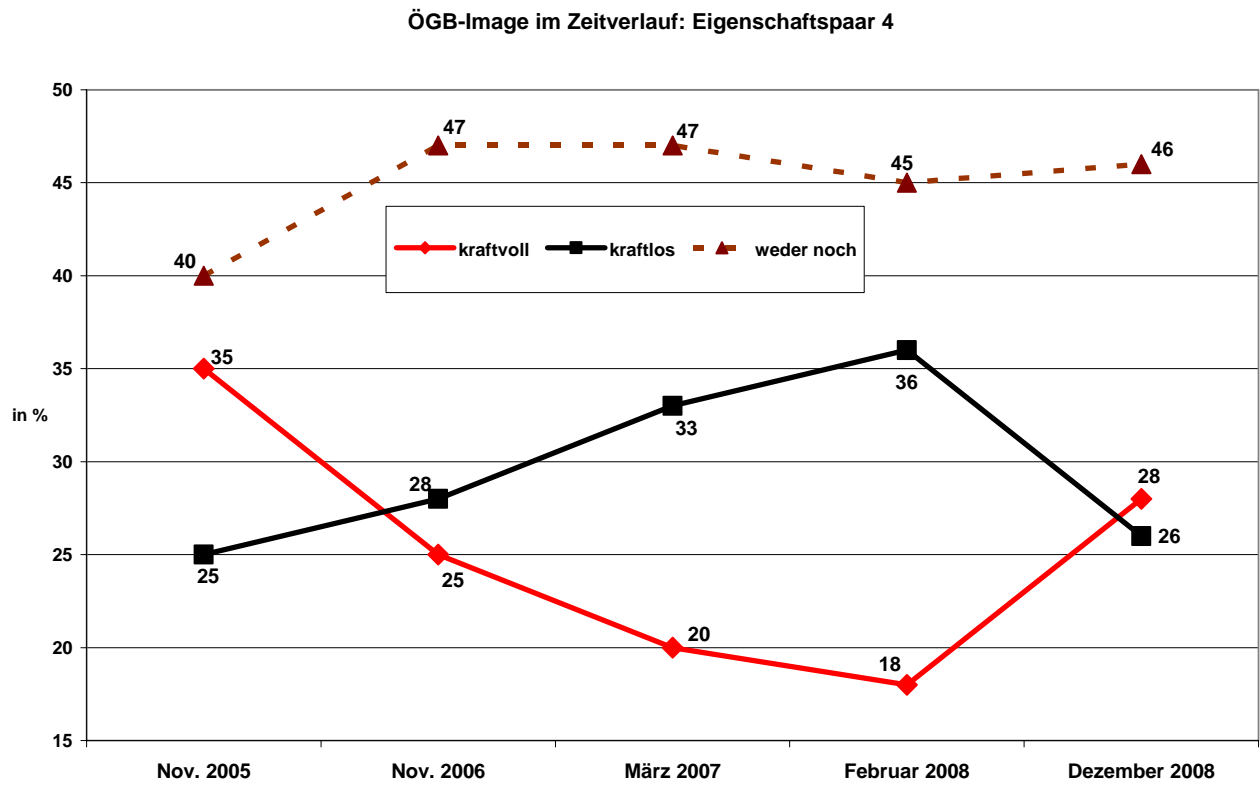
Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragungen 2005-2008, N=jeweils ca. 1.000

Grafik 10:



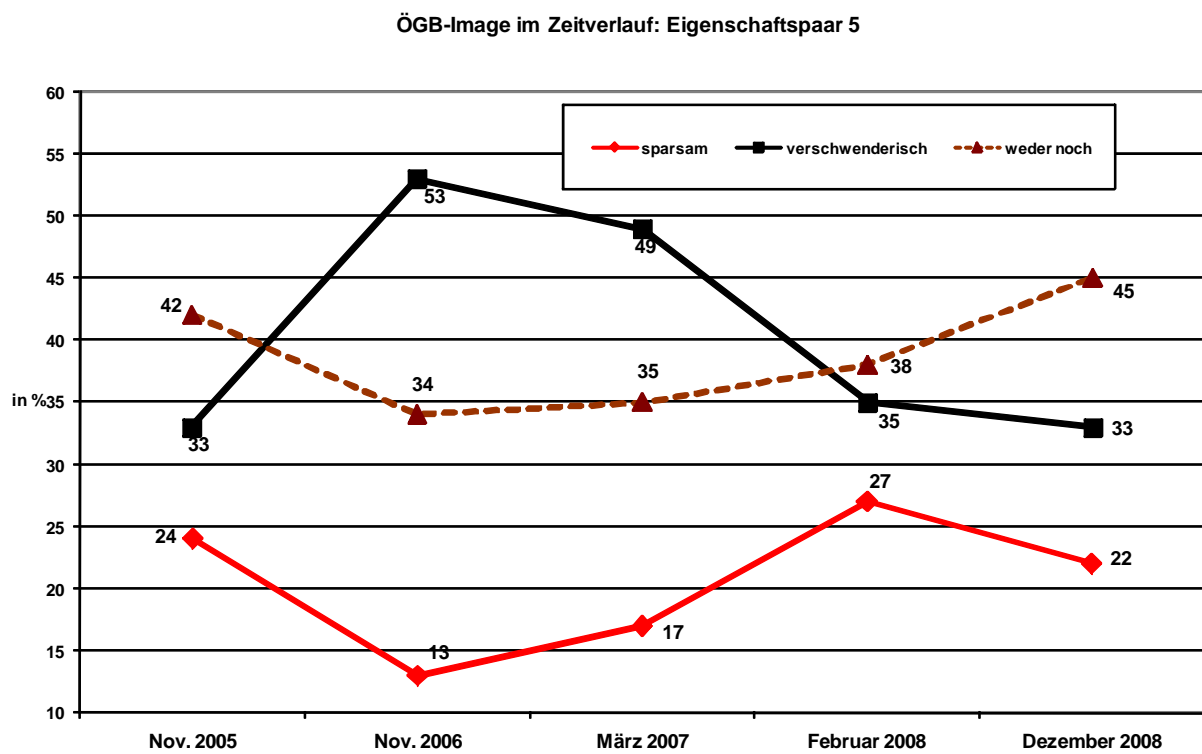
Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragungen 2005-2008, N=jeweils ca. 1.000

Grafik 11:



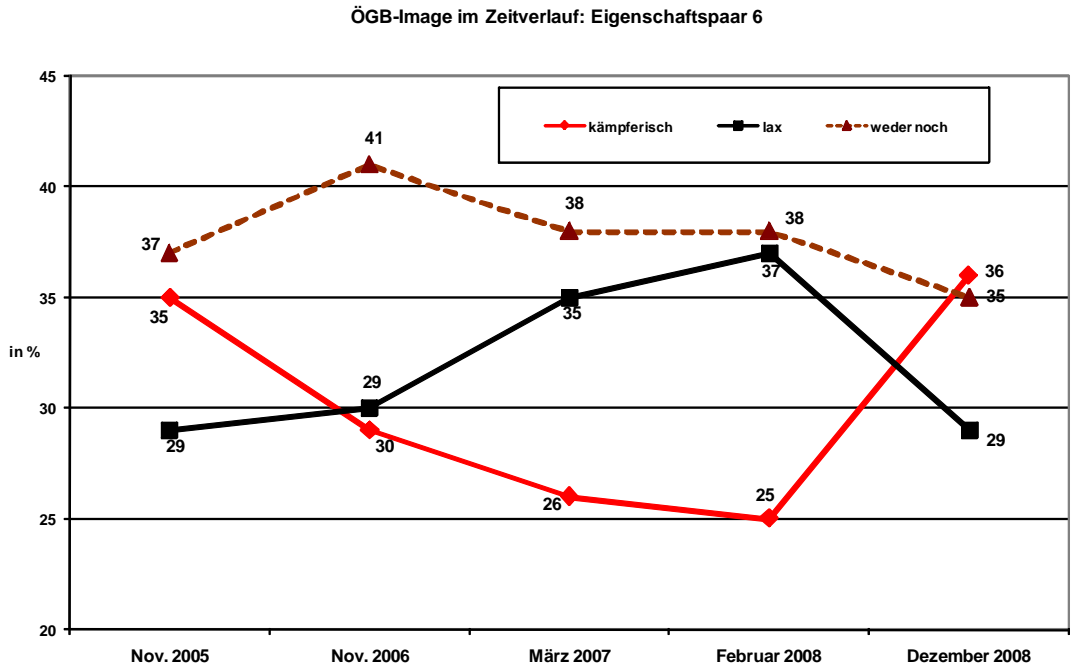
Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragungen 2005-2008, N=jeweils ca. 1.000

Grafik 12:



Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragungen 2005-2008, N=jeweils ca. 1.000

Grafik 13:

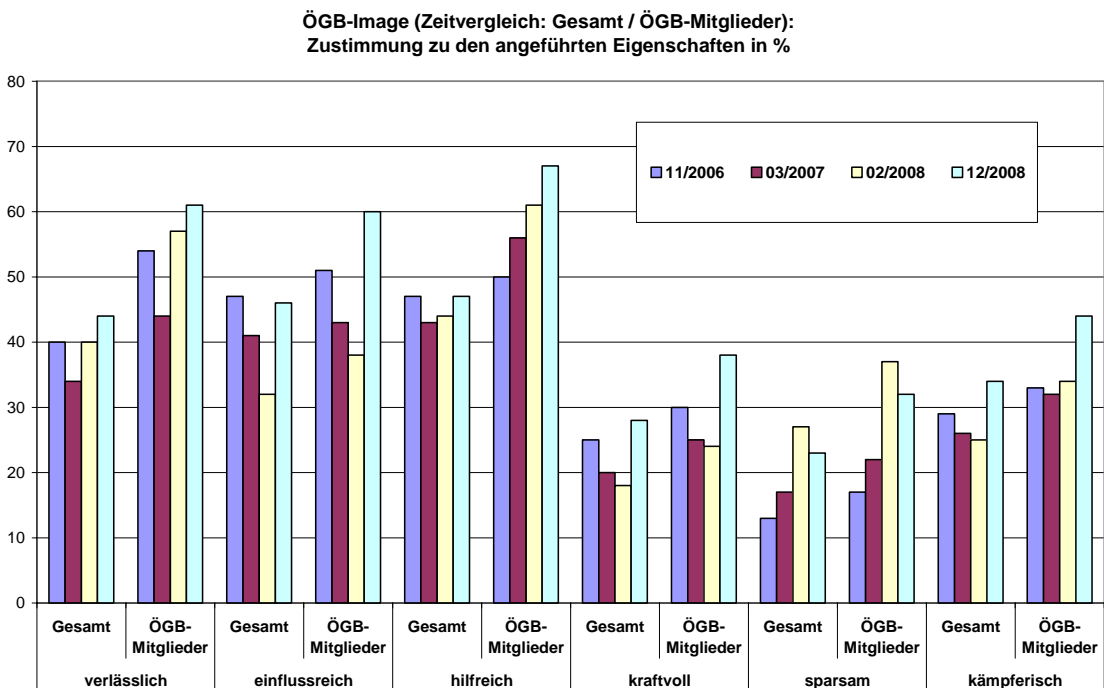


Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragungen 2005-2008, N=jeweils ca. 1.000

Bei einigen der Erhebungen zum ÖGB-Image der letzten Jahre wurde auch die ÖGB-Mitgliedschaft der Befragten miterhoben, sodass es möglich ist, das Ergebnis bei ÖGB-Mitgliedern dem Gesamtergebnis gegenüberzustellen (Grafik 14):

Erwartungsgemäß bewerten ÖGB-Mitglieder das ÖGB-Image (zum Teil sogar deutlich) positiver als der Durchschnitt – das Muster des Wellentals im Zuge der BAWAG-Krise spiegelt sich aber auch bei den Mitgliedern wieder.

Grafik 14:



Quelle: SWS-Face-to-Face-Befragungen 2005-2008, N=jeweils ca. 1.000